

higkeit zu verweigern und auf der anderen Seite die britische *special relationship* zu pflegen, was es für Amerika sogar noch wertvoller machen könnte. Meine vor einigen Jahren formulierte Auffassung muss ich korrigieren, die EU sollte die Kraft finden, England vor die Frage zu stellen, ob es sich unwiderrufbar an den Kontinent bindet. England hat entschieden und kein Nachfolger in der Downing Street Nr. 10 wird die Tradition der letzten 60 Jahre revidieren.

Wenn Europa sich befreien will, muss es handeln. Ohne England müssen dies die Staaten der EU tun, die den Weg beschreiten wollen, den Lissabon zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gewiesen hat. Er führt zu einem selbstbestimmten europäischen Pol in der interpolaren Welt.

(Die Friedrich-Ebert-Stiftung dokumentiert die wichtigsten Reden der Konferenz »Unzeitgemäßes zur Freiheit Europas« in einem Sonderband.) ■

Gespräch mit Sergei Stanishev

«Es geht hier nicht um halbe Sachen»

Der Vorsitzende der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) war von 2005 bis 2009 bulgarischer Ministerpräsident. Seit November 2011 ist er Interims-Präsident der Sozialdemokratischen Partei Europas (Party of European Socialists; PES). Die Fragen zu den Zielen und Visionen der europäischen Sozialdemokratie stellte Thomas Meyer.

NG/FH: Herr Stanishev, wie sieht die Vision ihrer Partei für die Europäische Union aus?

Sergei Stanishev: Unsere Vision ist es, fortschrittliche Gesellschaften auf der Grundlage universeller Werte und einer starken Demokratie aufzubauen. Ich spreche hierbei über Werte wie Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit – Werte, die, heute mehr als jemals zuvor, stark hinterfragt werden. Marktkräfte konzentrieren mehr und mehr Macht auf wenige Personen und außerhalb der Reichweite demokratischer Kontrolle. Konservative und Neoliberale folgen der Linie dieser deregulierten Globalisierung, anstatt wirtschaftliche Exzesse zu bekämpfen. Das hat uns in die schlimmste Wirtschaftskrise der modernen Zeit geführt.

Die Sozialdemokratische Partei Europas hat neue Lösungen. Im letzten Jahrhundert haben Sozialismus und Sozialdemokratie den Wohlfahrtsstaat begründet, universellen Zugang zu Bildung und Gesund-

heitsversorgung und Grundrechte für alle durchgesetzt. Nun, im neuen Jahrtausend, verteidigt unsere Bewegung die Errungenschaften der Vergangenheit, während sie daran arbeitet, fortschrittliche Gesellschaften zu errichten und soziale Rechte auszubauen. Unsere Ziele sind: eine starke Demokratie, Freiheit, gute Arbeit und wertebasiertes Wachstum. Das bedeutet einen stabilen Rahmen aus Gerechtigkeit und Solidarität zwischen den Staaten und Generationen und eine bessere Zukunft für alle.

NG/FH: Glauben Sie, dass eine echte politische Union in naher Zukunft realistisch ist, oder auch nur erstrebenswert?

Stanishev: Was europäische Bürgerinnen und Bürger brauchen, ist eine verantwortungsvolle Union. Das Problem ist, dass während der letzten zwei Jahre die Konservativen systematisch an einer Erosion der demokratischen Legitimation der EU gearbeitet haben, indem sie einen rhetorischen

Deckmantel ausgebreitet haben, der Wirtschaft und Demokratie in Opposition zueinander setzt. Die brutalen, ausschließlich auf Sparpolitik ausgerichteten Maßnahmen der Troika in Griechenland sind ein gutes Beispiel für die unkontrollierte, nicht-gewählte Macht, die das Leben der Menschen auf dramatische Weise beeinflusst.

Nach meiner Wahrnehmung gibt es einen wachsenden Ärger in der Bevölkerung, und das berechtigterweise. Niemand möchte zweimal für eine Krise zahlen, die sie oder er nicht verschuldet hat. Aber glücklicherweise wird Hollandes Erfolg in Frankreich das Spiel wenden. Er gibt nicht nur den Menschen eine Stimme zurück, sondern unterstreicht auch in Zeiten der Krise, dass Europa wieder ein Teil der Lösung sein kann. Logischerweise kann die EU keine Lösung liefern ohne einen gesunden Kompromiss zu finden, der auch die Bürger in den Entscheidungsprozess mit einbezieht.

Deshalb will die PES demokratische Verantwortlichkeit auf europäischer Ebene fördern. Zum Beispiel haben wir auf unserer letzten Sitzung den Prozess definiert, der zu einem demokratisch legitimierten Kandidaten für das Präsidentenamt der Europäischen Kommission führen könnte. Transparenz und ein ehrlicher Rechenschaftsbericht sind entscheidende Merkmale von Politik, wenn wir das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen wollen.

NG/FH: Welche Art wirtschaftlicher und sozialer Einheit strebt Ihre Partei genau an?

Stanishev: Die PES wird immer für eine Wirtschaftsform kämpfen, welche sowohl den sozialen Fortschritt als auch einen Anstieg der Lebensstandards voran treibt, die Wohnungssicherheit und Jobwachstum unterstützt. Dies spiegelt nicht nur unser politisches Grundprinzip wider, diese Agenda ist auch der Weg aus der aktuellen Wirtschaftskrise. Manche Beobachter beschreiben die Krise, in der wir uns gerade befinden, mit dem englischen Sprich-

wort: »Feast today, fast tomorrow«. Wir alle kennen doch die Auswirkungen der Austeritätspolitik in Griechenland: Weitere Steuerbelastungen für die Mittelschicht und finanzielle Einschnitte in Bildungs- und Gesundheitswesen verschlimmern die Situation in Europa kontinuierlich. Dies sind einfach nicht die richtigen Mittel um der Krise zu begegnen.

Die PES besteht seit Jahren darauf, dass der einzige Weg aus dieser Krise über die Schaffung neuer Arbeitsplätze und über mehr Wirtschaftswachstum führt und unsere Arbeit beginnt nun langsam Früchte zu tragen. Durch die Regierungswechsel in Dänemark, Belgien und zuletzt in Frankreich in Richtung der politischen Linken wird 2012 für Europa ein Jahr des Fortschritts werden. Unser Fokus muss u.a. auf den öffentlichen und privaten Investitionen liegen, auf den Mitteln der Finanzmarktregulierung, wie beispielsweise der Einführung von Eurobonds und einer Finanztransaktionssteuer. Wenn wir weiterhin für diese Ziele kämpfen, bin ich mir sicher, dass die Auszehrung in Europa bald vorüber sein wird.

NG/FH: Was sind Ihrer Meinung nach die notwendigen Maßnahmen, um diese Ziele erreichen zu können?

Stanishev: Zentral ist sicherlich die Erkenntnis, dass wir uns aus der Krise »herausproduzieren« müssen. Dazu ist es nötig, Europas Wettbewerbsfähigkeit durch mehr Innovation und Verbesserungen in Bildung und Infrastruktur wieder nach vorne zu bringen. Gleichzeitig müssen wir immer darauf achten, faire Arbeitsbedingungen zu schaffen und diese auch zu erhalten. Das bedeutet im Klartext: Auf keinen Fall darf wirtschaftliche Freiheit über die fundamentalen sozialen Rechte gestellt werden. Die Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze und das Überwinden der sozialen Spaltung müssen in der EU also absolute Priorität haben.

Natürlich dürfen diese Maßnahmen aber nicht zu Lasten einer nachhaltigen Finanzpolitik gehen. Daher haben wir einen haushaltspolitischen Katalog erstellt, um mehr Steuereinnahmen gewährleisten zu können: Dieser umfasst einerseits weitere öffentliche Ausgaben auf nationaler und EU-Ebene. Andererseits schlägt er die Ausgabe von Eurobonds, die Einführung einer europaweiten CO₂-Steuer und einer Finanztransaktionssteuer sowie das Auflösen bisher ungenutzter Fonds der EU vor. Bei keiner dieser Maßnahmen geht es um Kürzungen. Sie alle bilden die Grundlage für mehr Wachstum, für neue Jobs und für mehr Solidarität in Europa. Letzten Endes geht es nämlich nicht darum, vor der Krise zu fliehen. Es geht darum, dass Europa stärker aus der Krise hervorgehen soll, als es vor Beginn der Krise war.

NG/FH: Können die europäischen Sozialdemokraten als wirkliche Einheit auftreten oder, falls nicht, was hindert sie daran?

Stanishev: Ich denke, was die politischen Inhalte angeht, treten wir längst als Einheit auf. Sehen Sie sich beispielsweise die übereinstimmenden Positionen betreffend einer

Finanztransaktionssteuer oder der Initiative »European Youth Guarantee« an: Bereits vor dem offiziellen Start der Kampagne im Mai »Your Future is My Future – A European Youth Guarantee Now!«, haben wir Unterstützung der sozialdemokratischen Parteien u.a. aus Luxemburg, dem Vereinigten Königreich und Rumänien erhalten. Sie alle wollen diese Idee zu einem Teil ihrer nationalen Agenda machen. Ich denke, das ist ein großer Erfolg für die europäische sozialdemokratische Familie als Ganzes.

Ein weiteres gutes Beispiel ist die Konferenz von Tunis, die vor kurzem stattgefunden hat. Hier trafen europäische Sozialdemokraten auf politisch Progressive aus der arabischen Welt. Seit Beginn des Arabischen Frühlings haben wir die Frauen und Männer, die friedlich für Demokratie gekämpft haben, offen unterstützt. Es hat mich sehr stolz gemacht auf der Konferenz zu sehen, dass wir mit ihnen gemeinsam eine fortschrittliche »trans-mediterrane« Agenda aufstellen können.

Vielleicht noch ein letzter Punkt: Der zunehmende Aufschwung der extremen Rechten in Europa hat uns in den letzten Jahren immer größere Sorgen bereitet. Nehmen wir beispielsweise die totalitäre Politik der Regierungen Ungarns und Bulgariens oder die besorgniserregenden Wahlergebnisse in Griechenland: Es sieht hier so aus, als ob es ein paar rechten Gruppen ziemlich schwer fällt, Europa und Demokratie zusammenzudenken. Die sozialdemokratische Familie Europas hat sich dazu verschrieben, die demokratischen Werte auf nationaler und internationaler Ebene zu verteidigen. Wir werden jeglichen ideologischen Hass, Pessimismus und Despotismus immer wieder zurückweisen und bekämpfen. Es geht hier nicht um halbe Sachen: Das gemeinsame Ziel der europäischen Sozialdemokraten wird immer eine bessere Zukunft für alle sein.

(Aus dem Englischen von Johanna Kuchling und Julian Heidenreich) ■